

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsrede 2011

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Das Schönste im Leben ist der Wunsch, das Zweitschönste die Erfüllung!“, dieses geflügelte Wort können wir alle sicher bestätigen. Aber: Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch machbar. Und das gilt besonders für unseren Haushalt 2011. Sie, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, stellen mit dem Haushalt für das kommende Jahr erneut die Weichen. Mit gutem Grund wird das Recht des Kreistags, über den Haushalt zu entscheiden, auch als „Königsrecht“ bezeichnet. Dieser Begriff macht deutlich, welche große Bedeutung der Haushalt für die künftige Entwicklung des Landkreises Schwäbisch Hall hat. Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf ist nicht nur ein umfassendes Zahlenwerk – er ist Ausdruck von Leistungen und von Zielen, die der Landkreis im kommenden Jahr erbringen und erreichen möchte.

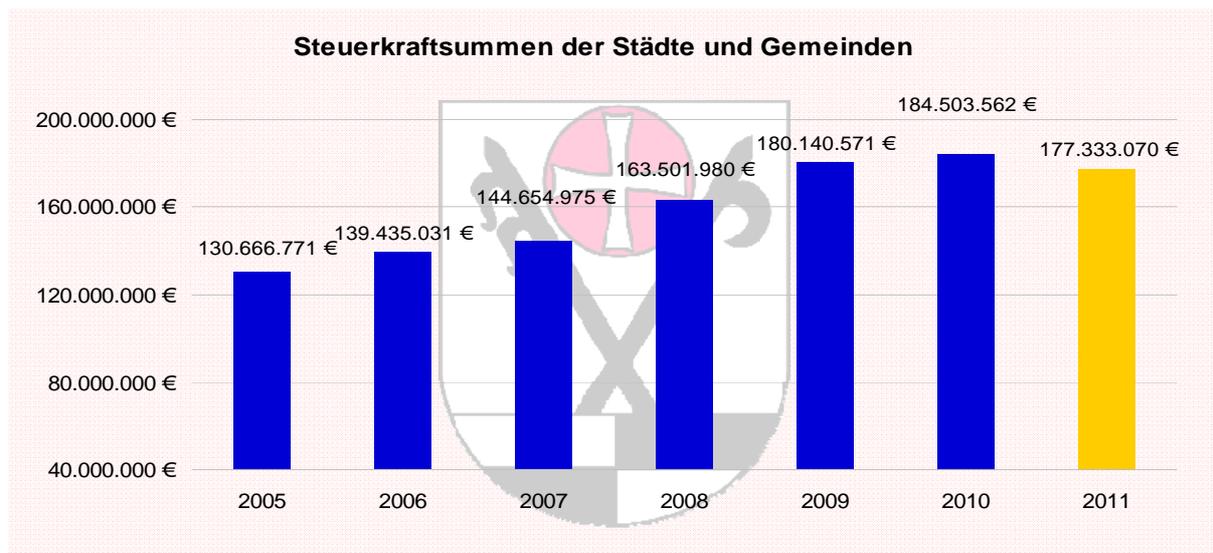
Zukunftsorientierte Entscheidungen bilden die Basis in unserem kommunalpolitischen Denken und Handeln. Und das nicht nur für unsere eigene Zukunft, sondern vor allem für die Zukunft der nachfolgenden Generationen. Die Generationengerechtigkeit ist mir dabei ein wichtiges Anliegen. Wie Sie alle wissen, stehen wir vor enormen sozialen, ökologischen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Nur wenn wir all die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam, zügig und entschlossen angehen und eben nicht den künftigen Generationen überlassen, sichern wir

unsere Zukunft. Und genau dazu möchten wir im Landkreis Schwäbisch Hall auch im Jahr 2011 unseren aktiven Beitrag gemeinsam leisten.

Meine Damen und Herren,

neulich habe ich als Kalenderspruch gelesen: „Der Kreis ist eine Figur, bei der an allen Ecken und Kanten gespart wird“. Sicher, das ist natürlich in erster Linie eine eher geometrische Betrachtung. Dennoch spiegelt diese Aussage die finanzielle Situation des Landkreises Schwäbisch Hall wieder. Vor einem Jahr steckte Deutschland noch mitten in der Rezession. Die Städte und Gemeinden im Landkreis spürten das durch zurückgehende Gewerbesteuern. Der Landkreis profitierte bis zu diesem Jahr noch von der hohen Steuerkraft vor der Krise. Allen war aber klar, dass 2011 der Einbruch kommen wird. Grundlage für die Kreisumlage 2011 ist die Steuerkraft der Städte und Gemeinden im Krisenjahr 2009. Nächstes Jahr kommen deshalb mehrere Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen:

Die Städte und Gemeinden leiden noch an den Auswirkungen des Gewerbesteuereintruchs im Jahr 2009, den verminderten Gewerbesteuervorauszahlungen im Jahr 2010, den rückläufigen Einkommenssteueranteilen und den gesunkenen Finanzausweisungen. Es mehren sich zwar in jüngster Zeit wieder die positiven Meldungen. Über dem Berg sind unsere Städte und Gemeinden aber noch nicht.



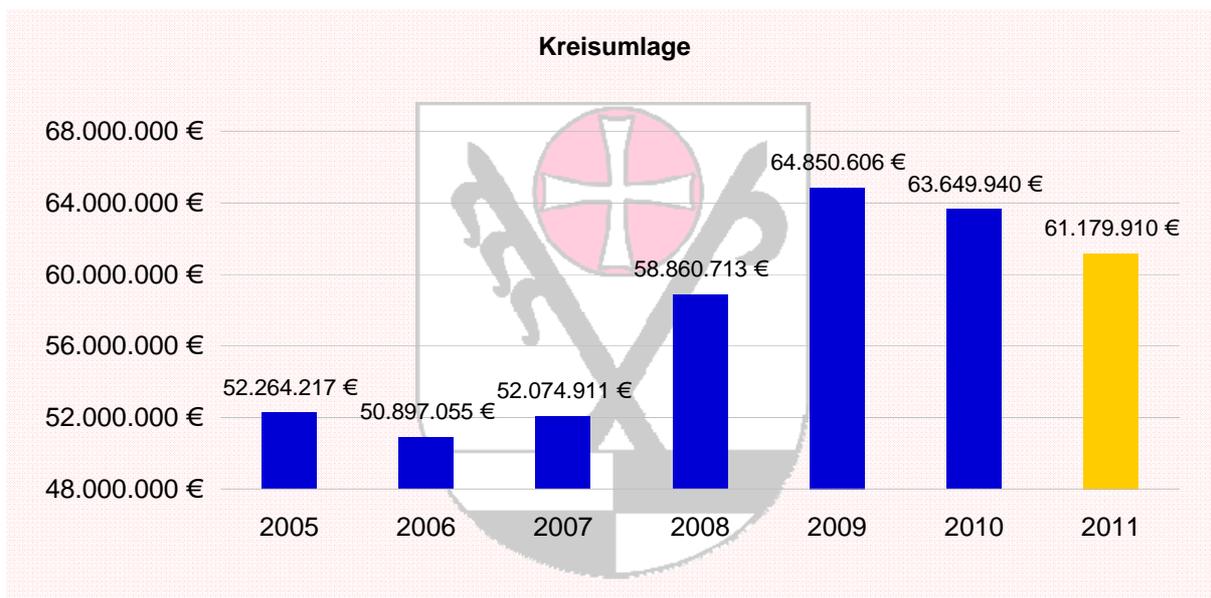
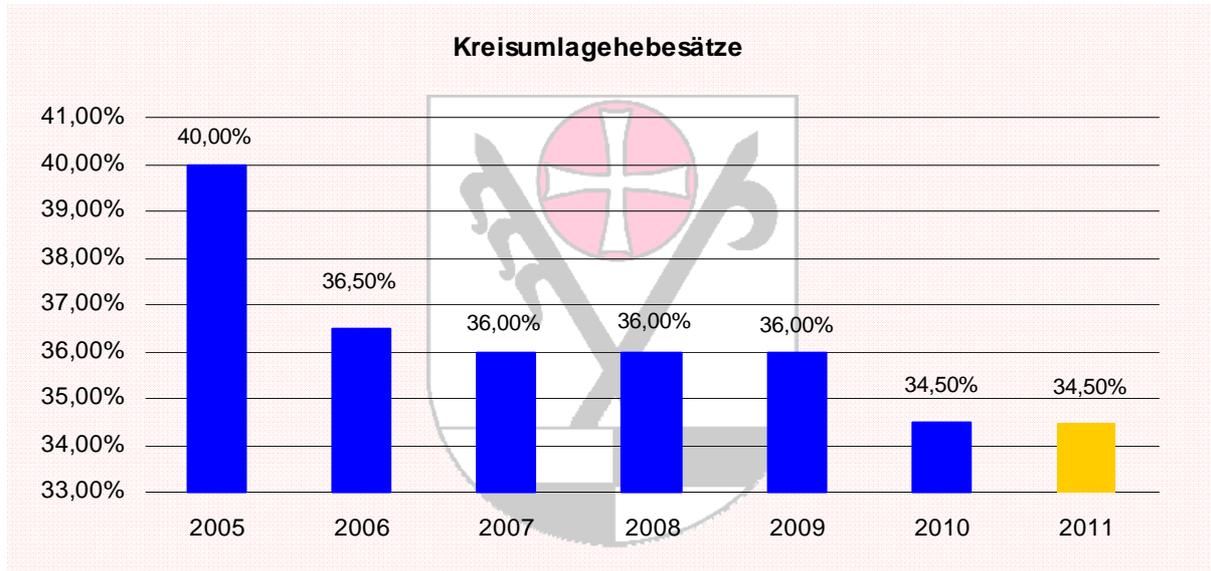
Die Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden im Landkreis stiegen von 2005 bis 2010 um 41 %. 2011 kommt nun die Trendwende mit einem Rückgang von - 3,9 %. Das führt bei unverändertem Hebesatz von 34,5 % zu einem gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Mio. € geringeren Kreisumlageaufkommen. Dieser Verlust wäre nach den Steigerungen in den vergangenen Jahren verkraftbar, wenn nicht gleichzeitig die Schlüsselzuweisungen im Finanzausgleich um - 6,3 Mio. € drastisch eingebrochen wären. Der Soziallastenausgleich sinkt um über - 1 Mio. €. So kommen bei nur 3 Haushaltsstellen rund 10 Mio. € Mindereinnahmen zusammen. Wir standen vor der schwierigen Aufgabe, diesen Betrag irgendwie aufzufangen. Am einfachsten wären einige Drehungen am Kreisumlagehebesatz gewesen. 10 Mio. € mehr Kreisumlage würden hereinkommen, wenn der Kreistag den Hebesatz um 5,5 % auf dann 40 % erhöhen würde.

Ich habe, meine Damen und Herren Kreisräte, am Anfang des Jahres mit dem Kämmerer vereinbart, alles zu tun, damit ein Kreishaushalt ohne Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes aufgestellt werden kann. Und der, abgesehen vom Neubau des Klinikums in

Crailsheim, keine Neuverschuldung vorsehen soll. Wir waren uns beide einig, dass dieses Ziel nur sehr schwer zu erreichen sein wird. Trotzdem – die in finanziell schwierigen Zeiten besonders notwendige Solidarität mit unseren Städten und Gemeinden ließ uns eisern an diesem Ziel festhalten. Das Rezept für unseren bisherigen Erfolg lautet **Gemeinsamkeit. Unsere Städte und Gemeinden haben zusammen mit dem Landkreis stets die Kräfte gebündelt, denn gemeinsam sind wir stark. Sie wissen es, meine Damen und Herren, für mich zählte und zählt stets die kommunale Familie. Ich bin froh, dass wir die Zielvorgabe „Kreisumlagehebesatz 34,5 %“ im Haushaltsplanentwurf 2011 geschafft haben. Das hören die beiden Oberbürgermeister und alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister natürlich gerne. Vor allem, wenn Sie von Kollegen aus den Nachbarkreisen ganz anderes hören. Dort ist von zum Teil ganz erheblichen Kreisumlage-Hebesatzanhebungen die Rede. Beispielsweise würde der durchschnittliche Kreisumlagehebesatz in der Region Stuttgart nach dem Einbringen der dortigen Haushalte bei etwa 40 % liegen.**

Warum kommen wir dann ohne höhere Kreisumlage aus? Dass der Kreisumlagehebesatz in 2011 erneut nicht erhöht wird, ist dem verantwortungsbewussten, sparsamen Wirtschaften der letzten Jahre zu verdanken, ebenso den vorausschauenden Entscheidungen in den „guten Jahren“. Dafür danke ich ihnen, den Damen und Herren Kreisräten, ganz herzlich. Aber gleich, meine Damen und Herren Kreisräte, komme ich zu dem nicht mehr so erfreulichen Teil der Haushaltsrede. Wir haben dieses Jahr eben an allen möglichen Ecken und Kanten gespart und nach Kräften versucht, Ihnen heute mit dem Haushaltsplanentwurf 2011 trotzdem eine „runde Sache“

vorlegen zu können. 10 Mio. € kann man nicht einsparen, ohne dass es weh tut!

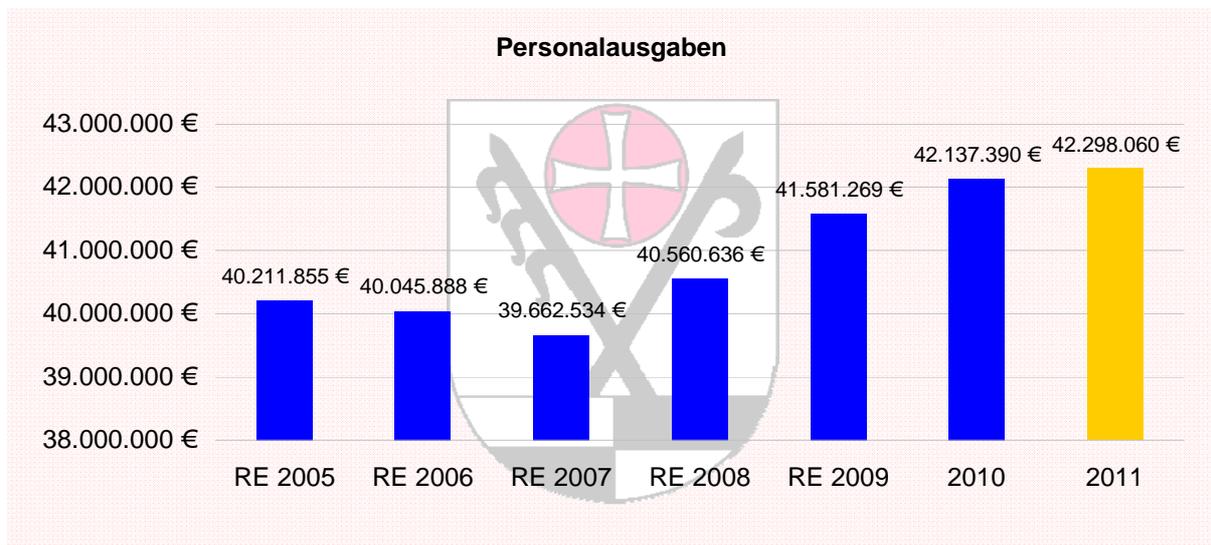


Meine Damen und Herren,
das Kreisumlageaufkommen stieg von 2005 bis 2009 um ca. 25 %.
In der Debatte über den Kreishaushalt 2009 habe ich mich gegen
eine Senkung des Kreisumlage-Hebesatzes ausgesprochen. Der
Kreistag stimmte damals mit Mehrheit zu und sorgte für das mit
64,85 Mio. € bisher höchste Kreisumlageaufkommen in der Ge-

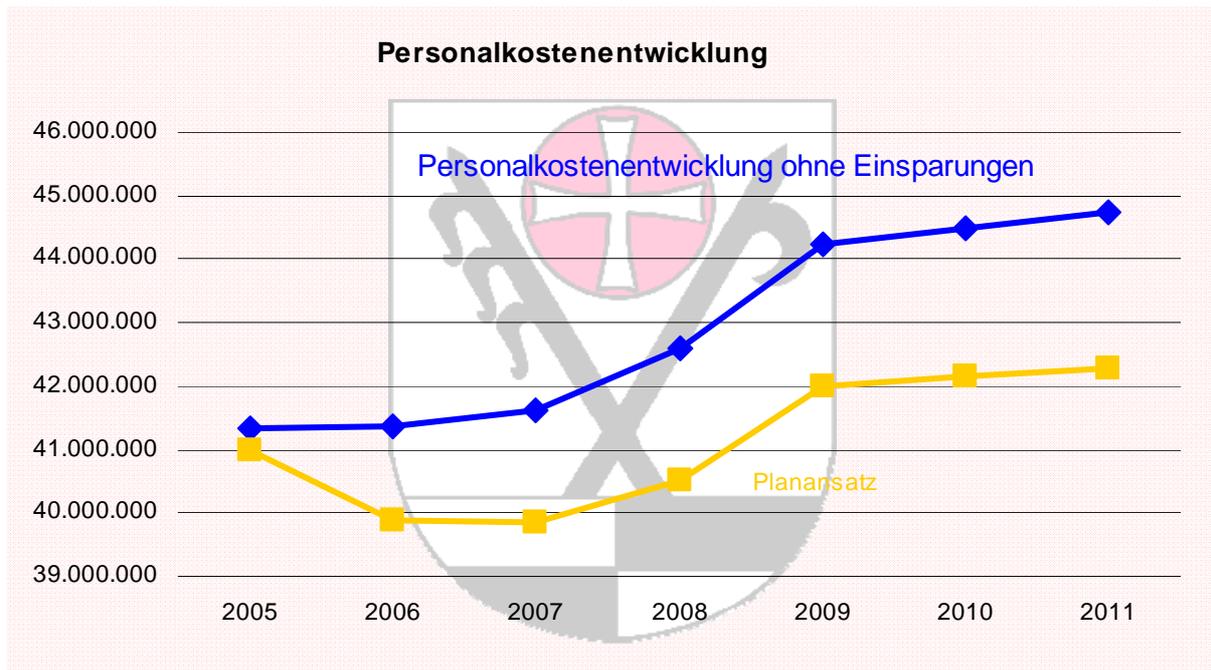
schichte des Landkreises. Auch 2010 war mit 63,65 Mio. € Kreisumlage bei einem um 1,5 % gesunkenen Kreisumlage-Hebesatz noch gut. Das Kreisumlageaufkommen wird nach den Planzahlen 2011 im Vergleich zum Jahr 2009 um 3,67 Mio. €, das entspricht knapp 6 %, sinken.

Die guten Jahre ermöglichten uns bei gleichzeitig sehr hohen Investitionen die Erhaltung und Aufstockung einer freien Rücklage in Höhe von 2,8 Mio. €. Dieses Polster können wir jetzt für den Haushaltsausgleich verwenden. Das schmerzt, weil man sich von Erspartem nicht gerne trennt. In finanziell schwieriger Zeit ist das aber gerechtfertigt.

Größer wird der Schmerz, wenn es wirklich ans Sparen geht.

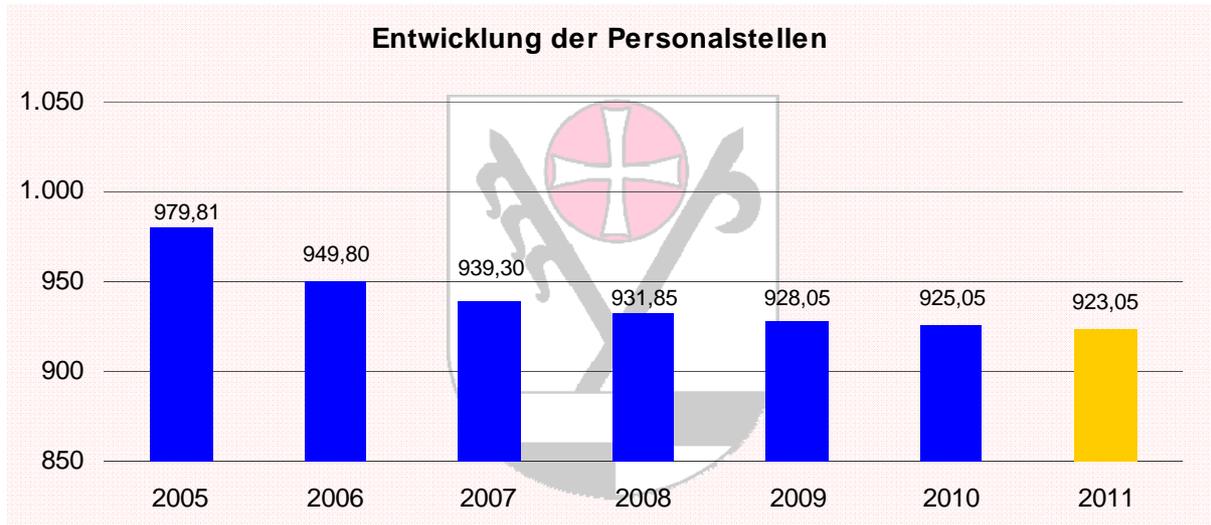


Seit 2005 sind die Personalausgaben der Landkreisverwaltung nur um insgesamt 5,2 % gestiegen. Ohne Stellenabbau würden die Personalkosten im Jahr 2011 insgesamt 44,8 Mio. € betragen.



Gegenüber dem Vorjahr kommen wir 2011 mit 0,38 % Personalkostensteigerung aus. Das sind rund 160.000 € bei Gesamtausgaben von 42,3 Mio. €. Das ist möglich, weil wir für 2011 nur die Besoldungs- und Tariferhöhungen des Jahres 2010 berücksichtigt haben. Sie erinnern sich: Im Haushalt 2010 haben wir keine Tariferhöhungen eingeplant. Das machen wir 2011 genauso, obwohl für die tariflich Beschäftigten Erhöhungen in Höhe von 0,6 % zum 01.01.2011 und weitere 0,5 % zum 01.08.2011, sowie eine Einmalzahlung im Januar 2011 bereits feststehen. Hinzu kommen mögliche Besoldungserhöhungen für die Beamten, die sich in der Regel an der Steigerung des TVÖD orientieren. Es werden auch keine Haushaltsmittel für Beförderungen eingeplant. Die Budgetverantwortlichen müssen die Personalkostensteigerungen im Jahr 2011 durch die verzögerte Wiederbesetzung von Personalstellen ausgleichen. Wenn das nicht möglich ist, können Budgetüberschüsse aus den Jahren 2009 und 2010 eingesetzt werden. Das entspricht einer Kürzung der Perso-

nalausgaben um rund 500.000 € trotz Personalbedarfs für neu hinzugekommene Aufgaben.



Im Haushalt 2011 schlagen wir Ihnen wieder keine neuen Personalstellen vor. Seit 2005 haben wir 57 Stellen abgebaut. Wir müssen, gesetzlich so vorgeschrieben, eine Effizienzrendite von 20 % erwirtschaften. Um diesen Anteil vermindert das Land seine Zuweisungen für die bei der Verwaltungsstrukturreform in das Landratsamt eingegliederten Landesbehörden.

Keine Abstriche haben wir bei unserem breit gefächerten Angebot an Ausbildungsplätzen vorgesehen. Der Landkreis hat hier als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion. Wie in den Vorjahren soll wieder 20 Schulabsolventen der Start in das Berufsleben im Landratsamt ermöglicht werden.

Nach dieser positiven Nachricht, muss ich wieder zurück zur Streichliste. Gegenüber 2010 haben wir bei den Mieten noch einmal 100.000 € eingespart. Jetzt wirken sich die strukturellen Maßnahmen der beiden letzten Jahre aus. Gegenüber 2009, als wir mit den ersten Umzügen begannen, fallen durch die Aufgabe von Behör-

denstandorten, durch die Neuverhandlung von Mietverträgen und durch den mit Eigenmitteln finanzierten Kauf der Straßenmeistereien insgesamt 342.000 € weniger Mietausgaben an.

Der mit den Umzügen verbundene Ärger ist zwischenzeitlich überwunden. Die Klagen über die Unterbringung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind verklungen. Die neue Arbeitsumgebung wird nicht nur akzeptiert, sondern es gibt jetzt sogar Lob. Im Übrigen gilt: Net gschimpft is globt gnuch!

Der Kämmerer hat in den Budgetgesprächen hart bleiben müssen bei allen Wünschen nach neuer Büroausstattung und laufenden Kosten, angefangen vom Telefon über Porto, Dienstreisen und vieles mehr, ganz zu schweigen von Personalanforderungen. Es wurden keine Steigerungen zugestanden. Im Gegenteil, der Kämmerer fragte nach Kürzungsvorschlägen. Trotzdem blieben die Budgetgespräche sachlich und kollegial. Ich danke den Damen und Herren Dezenten und Amtsleitern für das gezeigte Verständnis. Sie müssen dafür sorgen, dass auch mit weniger Personal der Dienstbetrieb ohne Einschränkungen weitergeht und immer wieder darauf drängen, dass bei den Sachausgaben weiterhin ebenfalls gespart werden muss. Das ist nicht leicht, weil die Haushaltskonsolidierung schon seit Jahren ein zentrales Thema ist und Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit sich bringt. Wir dürfen diesen Bogen nicht überspannen. Aber 2011 ist ein Ausnahmejahr, in dem Vieles noch einmal zurückstehen muss. Ich bedanke mich an dieser Stelle sehr bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Sie tragen den konsequenten Sparkurs im Landratsamt jetzt schon seit mehreren Jahren mit.

Dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das verstehen, mittragen und umsetzen, ist nicht selbstverständlich und wird von mir deshalb heute hier im Kreistag ausdrücklich gelobt.

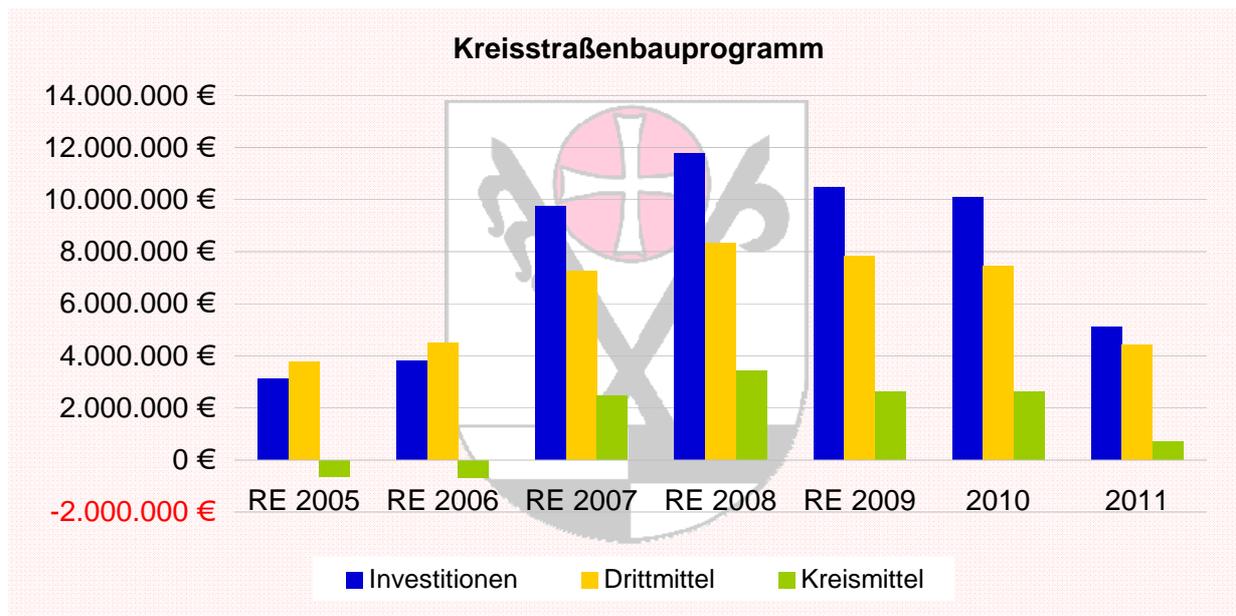
Auch die Schulen können nächstes Jahr nicht von Budgetkürzungen verschont bleiben. Die Schulbudgets wurden um 530.000 € auf 2,4 Mio. € gekürzt. Das sind fast 18 % weniger als letztes Jahr. Ein guter und ordentlicher Schulbetrieb ist aber jederzeit gewährleistet. Der Sparbeitrag wird auch von den Schulleitungen für das Jahr 2011 akzeptiert. Sie anerkennen ausdrücklich, dass der Landkreis für den laufenden Schulbetrieb sonst immer großzügig finanzielle Mittel bereitgestellt hat. Es wird auch anerkannt, dass in den vergangenen Jahren ganz erhebliche Investitionen in die Erweiterung der Berufsschulzentren in Crailsheim und Schwäbisch Hall gesteckt wurden, viele alte Schulgebäude schon saniert sind und der Rest nach und nach modernisiert werden soll. Ich bedanke mich bei den Schulleiterinnen und Schulleitern für die Einsicht und die Bereitschaft, die Sparmaßnahmen ohne Murren gemeinsam mit uns zu tragen.

Um das vorgegebene Ziel „keine Erhöhung der Kreisumlage“ einhalten zu können, wurden alle Haushaltsansätze geprüft und – wenn es einen Spielraum gab – Abstriche vorgenommen. Am gravierendsten hat sich das beim Budget für den Nahverkehr ausgewirkt. Dieses wurde um 470.000 € gekürzt. Wir sind nun mit den Haushaltsansätzen an die unterste Grenze gegangen.

Dieses Prinzip wurde durchgängig angewandt. Bitte kritisieren Sie uns aber später nicht, wenn das eingeplante Geld im einen oder anderen Fall nicht ausreicht. Es gibt keine Reserven im Haushalt 2011.

Wenn etwas im Jahr 2011 nicht nach Plan läuft, führt das zu einem Defizit, das dann in den folgenden Haushaltsjahren ausgeglichen werden muss. Wir hoffen alle, dass die in diesem Jahr angesprungene Konjunktur ohne zu stottern weiter läuft und in Zukunft alles wieder besser wird.

Auf das „Prinzip Hoffnung“ bauen wir auch im Sozialhaushalt. Für die soziale Sicherung haben wir nämlich ca. 1,7 Mio. € weniger Zuschuss eingeplant als in diesem Jahr. Dabei kommt uns im Haushalt 2011 die 2009 begonnene, beschleunigte Aufarbeitung von Unterhaltsforderungen bei der Jugendhilfe zugute. Das Land trägt 2/3 der Unterhaltsvorschüsse, die von der Unterhaltsvorschusskasse beim Landratsamt an alleinerziehende Mütter ausbezahlt werden und hat dementsprechend einen Erstattungsanspruch bei Eintreibung der vorgestreckten Unterhaltsleistungen. Durch Niederschlagungen entfallen die Erstattungen an das Land und können im Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge ausgebucht werden. Im Jugendhilfehaushalt kommt es deshalb zu einer einmaligen Einnahme von ca. 2,45 Mio. € Ohne diesen besonderen Buchungsvorgang steigt der Zuschuss für die soziale Sicherung im Jahr 2011 um 730.000 € auf 67,9 Mio. € Das ist gerade einmal 1 % mehr. Wir haben dabei den günstigsten Fall unterstellt. Wenn die Arbeitslosenzahlen nicht weiter sinken und sich die Steigerungen in der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe wie in den vergangenen Jahren entwickeln oder sonst etwas Unerwartetes eintritt, reichen die Haushaltsansätze nicht aus. Ich muss das so betonen, damit Sie sich daran erinnern, wenn das Jahr 2011 nicht so positiv verläuft, wie wir das heute unterstellen.



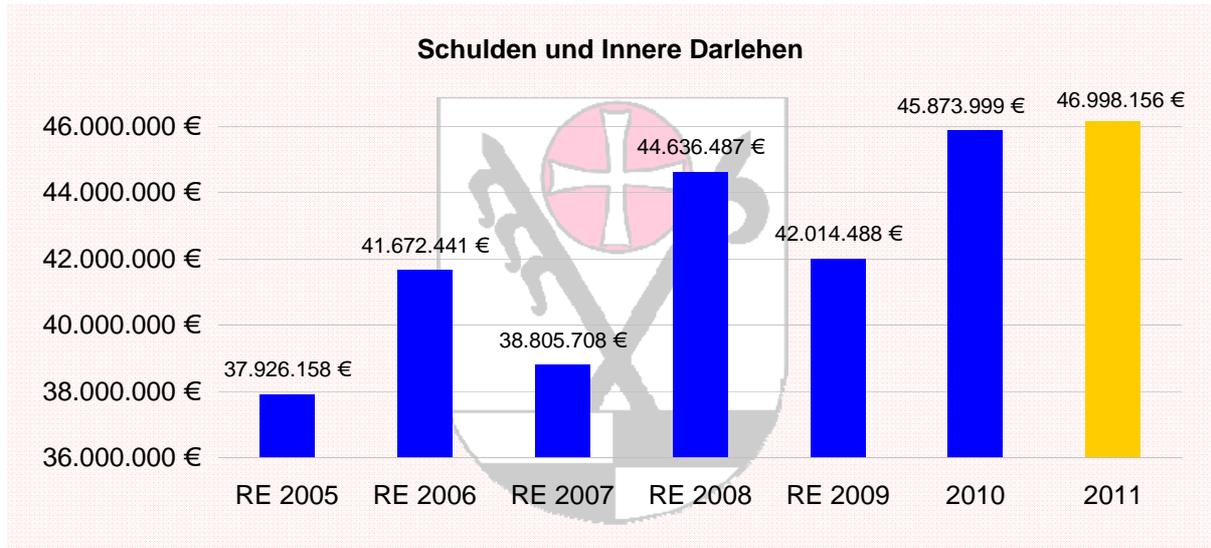
Nun zu den letzten beiden Streichposten im Vergleich zum Haushalt 2010. Für das Kreisstraßenbauprogramm stehen 1,9 Mio. € weniger zur Verfügung. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass für die K 2576 keine Mittel mehr eingestellt wurden. Es fällt auf, dass der Landkreis in den Jahren 2005 und 2006 überhaupt keine Eigenmittel für Investitionen in die Kreisstraßen eingesetzt hat. So betrachtet sind rund 700.000 € Kreismittel im Jahr 2011 gar nicht so schlecht. Alle, die bei unserer Besichtigungsfahrt Anfang des Monats dabei waren, wird das aber nicht beruhigen. Wir müssen künftig wieder mehr Mittel für unsere Kreisstraßen im Kreishaushalt bereitstellen!

Nun zum schmerzlichsten Einschnitt im Kreishaushalt 2011: Wir mussten das Energiespar- und Gebäudemodernisierungsprogramm drastisch stutzen. 4,8 Mio. € weniger Mittel für Gebäudeunterhaltung und Gebäudeinvestitionen sind ein Rückschritt. Da möchte ich gar nichts beschönigen. Diese Einsparung muss einmalig bleiben. Sie ist nur dadurch zu rechtfertigen, dass Maßnahmen mit Mitteln des Konjunkturprogramms der Bundesregierung vorgezogen wur-

den. Der Kreistag hat das Energiespar- und Gebäudemodernisierungsprogramm im Jahr 2008 beschlossen. In den Haushaltsjahren 2009 bis 2014 sollen dafür 30 Mio. € bereitgestellt werden. Zur Halbzeit im Jahr 2011 erreichen wir rund 17,5 Mio. € und sind damit trotz dieser Mittelkürzung noch voll im Plan.

Das wird von Ihnen möglicherweise kritisiert werden. Wer aber keine Kürzung möchte, muss entweder bereit sein, den Kreisumlagehebesatz zu erhöhen oder stattdessen Schulden aufzunehmen. Für eine Neuverschuldung sprechen die derzeit historisch niedrigen Zinsen. Diese verleiten geradezu zum Schulden machen. Und mögliche Energieeinsparungen verstärken noch den Reiz. Auch ich könnte diesem Reiz erliegen. Aber nur dann, wenn wir Sie und künftige Kreisräte dazu verpflichten könnten, dass die Schulden in besseren Jahren sofort wieder zurückbezahlt werden. Denn auch unsere Nachfolger wollen noch gestalten und nicht nur unsere Schulden verwalten.

Eine Neuverschuldung lehne ich auch mit Blick auf unsere vorrangige Zukunftsaufgabe ab. Wenn wir das Krankenhaus in Crailsheim langfristig erhalten wollen, dann müssen wir den geplanten Neubau in den nächsten Jahren in zwei Bauabschnitten realisieren. Dafür müssen Schulden in einer Größenordnung von rund 20 Mio. € aufgenommen werden. Das wird den Kreishaushalt langfristig belasten und gibt uns keinen Spielraum für andere Wünsche, selbst wenn ein Teil der Investition durch Gewinnausschüttungen der Gesundheitsholding wieder refinanziert werden könnte.



Im Kreishaushalt 2011 kommen wir im Kernhaushalt ohne Neuverschuldung aus. Für den Krankenhausbau in Crailsheim haben wir eine erste Schuldaufnahme in Höhe von 2 Mio. € eingeplant. Die Gesamtverschuldung des Landkreises erhöht sich um 1,1 Mio. € auf knapp 47 Mio. € Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt im Haushalt 2011 um 6 € auf künftig 248 € Damit tragen wir einen noch überschaubaren Teil zur Staatsverschuldung bei. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Bundes, der Länder und aller Kommunen in Deutschland beträgt über 21.000 € und steigt und steigt. Das macht mir größte Sorgen.

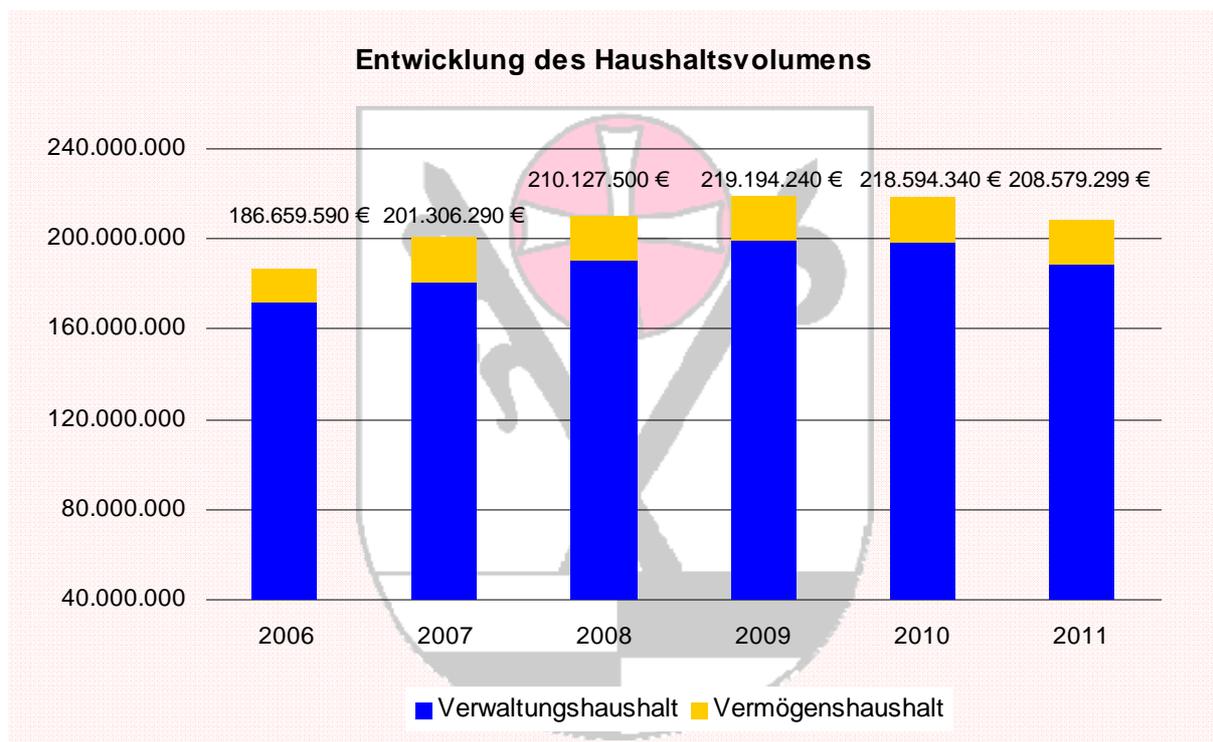
Meine Damen und Herren,

das sind die wesentlichen Positionen, an denen die Kämmerei Veränderungen vorgenommen hat, um den Kreishaushalt 2011 mit einem unveränderten Kreisumlagehebesatz von 34,5 % aufstellen zu können. Ich fasse zusammen:

- Personaleinsparungen
- Reduzierung der Sachausgaben und Kürzung der Schulbudgets
- knapp bemessene Haushaltsansätze

- weniger Mittel für den Straßenbau
- bremsen beim Energiespar- und Gebäudemodernisierungsprogramm

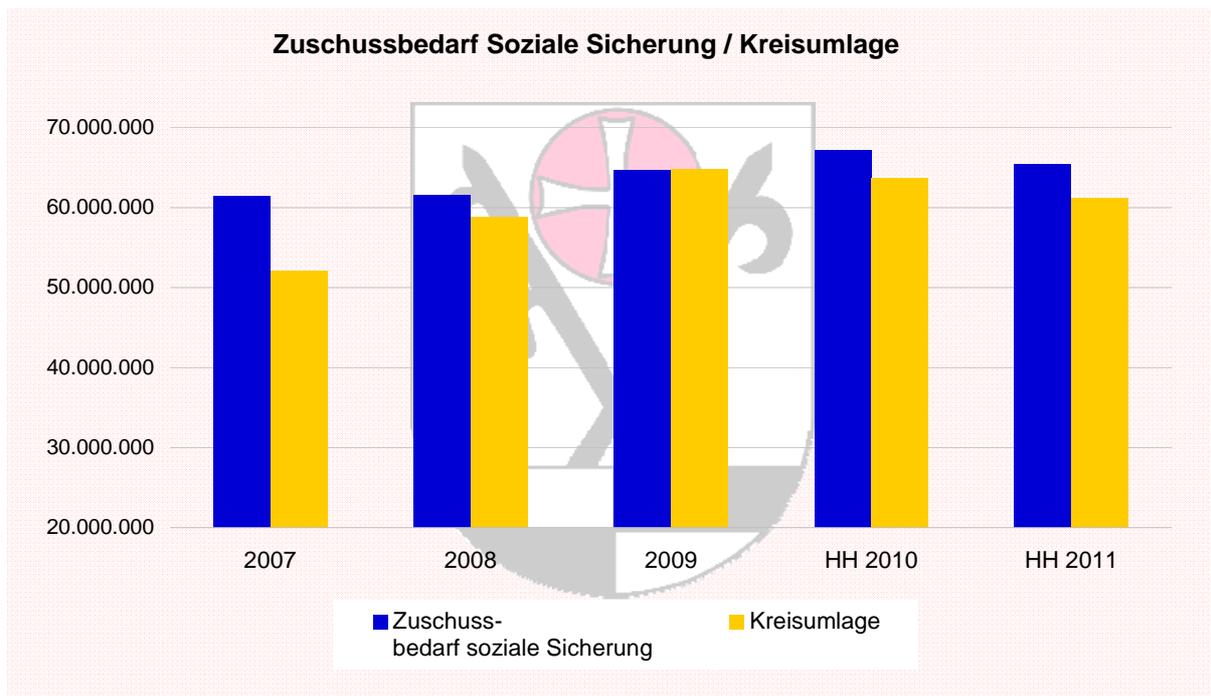
Alles in allem reduziert sich das Haushaltsvolumen gegenüber diesem Jahr um 10 Mio. € auf 208,6 Mio. €



Nun gehe ich bei den folgenden Bereichen noch etwas mehr ins Detail und spreche dabei auch die politischen Notwendigkeiten an.

Zuerst der Sozialhaushalt:

Er ist, da wiederhole ich mich, von der Hoffnung getragen, dass es insgesamt vielleicht doch nicht so schlimm kommt, wie es jetzt aussieht. Mit einem Zuschuss von rund 65,5 Mio. € und einem Anteil von 46 % am Verwaltungshaushalt ist der Sozialetat der größte Einzelposten. Auch im Jahr 2011 deckt die veranschlagte Kreisumlage den Zuschuss im Sozialbereich nicht ab.



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dieser Vergleich ist – und das muss ich nach der Diskussion im letzten Jahr einfach nochmal sagen – nicht meine Erfindung. Er ist seit vielen Jahren landesweit gängige Praxis und das aus gutem Grund: Die Landkreise sind Träger weit reichender Sozialleistungen. Sie erfüllen für eine große Zahl von Kreiseinwohnerinnen und Kreiseinwohnern gesetzliche Pflichtaufgaben, denen sie sich nicht entziehen können und auch nicht wollen. Die Ausgaben dafür steigen aber Jahr um Jahr. Es ist deshalb legitim, darauf hinzuweisen, dass unsere Haupteinnahmequelle, die Kreisumlage, zuerst für diese Pflichtaufgaben verwendet werden muss. Man muss doch erst einmal schauen, was man an Leistungen erbringen muss. Dann weiß man, ob etwas übrig ist und ob es noch Gestaltungsspielräume gibt. Dass diese Gestaltungsspielräume in den letzten Jahren sehr eng waren, liegt wesentlich an der Finanzausstattung der Landkreise. Es ist sehr kritisch, dass das Wohl und Wehe der Land-

kreise letztlich von der Steuerkraft der Gemeinden abhängt. Deshalb hoffe ich sehr, dass die Kommission zur Gemeindefinanzreform nicht nur die Symptome behandelt, sondern das Übel an der Wurzel beseitigt und die Landkreise an einer Wachstumssteuer beteiligt. Nur eine strukturelle Neuausrichtung der Kreisfinanzen gewährleistet Kontinuität und Planungssicherheit.

Das Sozialamt und das Jugendamt haben wieder einen aussagekräftigen Bericht erarbeitet. Deshalb erspare ich Ihnen an dieser Stelle Ausführungen zu dem Zahlenwerk in seinen Verästelungen und verweise auf die Ausführungen im Haushaltsplan. Nur einige wichtige und grundsätzliche Anmerkungen:

Bei Hartz IV hätten wir vor einem Jahr noch nicht mit einer so deutlichen Entspannung gerechnet, wie sie jetzt sichtbar wird. Das haben wir nicht zuletzt unserer robusten Wirtschaft zu verdanken. Auch die von der Bundesregierung beschlossene Kurzarbeitsregelung hat mit dazu beigetragen, dass die Zahl der auf Hartz IV angewiesenen Menschen nicht in die Höhe geschneit ist. Wir gehen davon aus, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften weiter sinken und sich 2011 auf dem Niveau von 2008 und damit bei 3.600 einpendeln wird. Bei den Kosten für Unterkunft und Heizung haben wir die Ausgaben gegenüber 2010 von 12,3 Mio. € um 800.000 € auf 11,5 Mio. € zurückgenommen. Diese Luft benötigen wir auch dringend, damit wir das erklärte Ziel, im Jahr 2011 annähernd ohne Steigerungen auszukommen, trotz der in anderen Bereichen notwendigen maßvollen Steigerungen, auch erreichen.

Fakt ist allerdings, dass sich die Erhöhung der Regelsätze auch auf den Kreishaushalt auswirkt. Bekanntlich bedient sich aus dem Einkommen der Leistungsberechtigten zuerst der Bund und deckt damit die Regelsatzerhöhungen ab. Damit bleibt weniger anrechnungsfähiges Einkommen für den Landkreis übrig. Zusammen mit geplanten Einschränkungen beim Mietzuschuss nach dem Wohngeldgesetz kann das zu nicht eingeplanten Mehrausgaben führen. Auch die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft haben wir nach der uns bekannten Formel berechnet und veranschlagt. Sollten sich hier unerwartete Abweichungen ergeben, wären diese ebenfalls nicht veranschlagt.

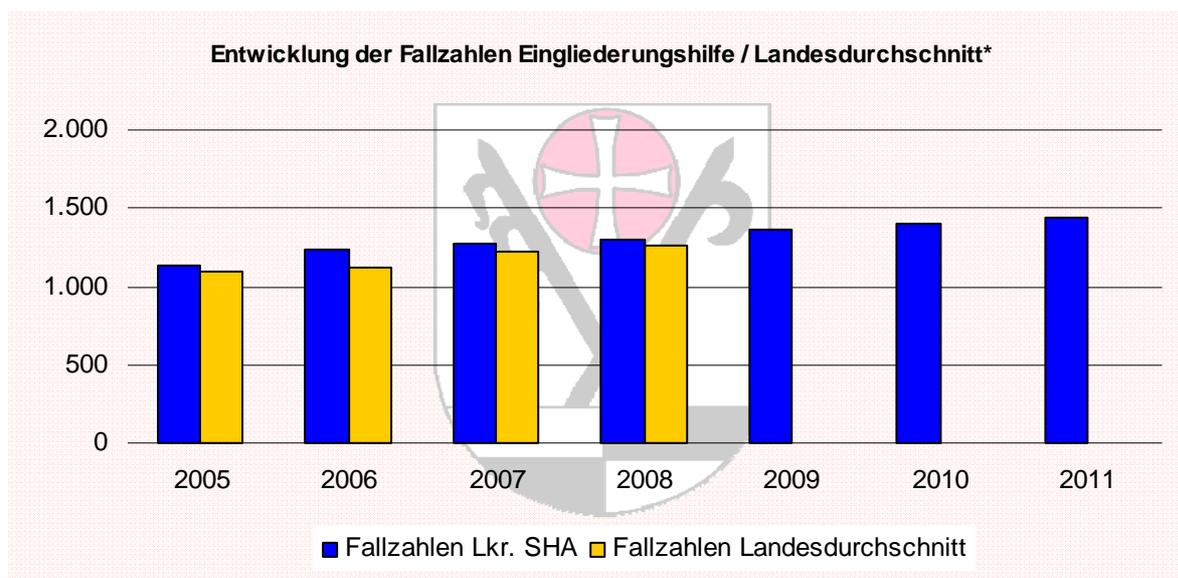
Lassen Sie mich nun noch die drei Hauptbereiche der Sozialhilfe kurz beleuchten: Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Bei der Grundsicherung unterstellen wir nur eine geringe Fallzahlensteigerung. Insgesamt veranschlagen wir hier 400.000 € weniger, weil wir von Entlastungen durch höheres Wohngeld ausgehen. Man darf aber die Augen nicht davor verschließen, dass eine zunehmende Zahl von Menschen auf Grundsicherung angewiesen sein wird. Die Bundesregierung streicht außerdem den Rentenbeitrag bei Empfängern von Arbeitslosengeld 2. Es wird zwar betont, dass sich dies kaum auf die Rentenhöhe auswirkt, aber eben nur kaum. Dies kann mittel- und langfristige Auswirkungen auf die Grundsicherung haben, womit wir wieder beim Verschiebepbahnhof wären.

Bei der Hilfe zur Pflege haben wir keine außergewöhnliche Entwicklung zu vermelden. Wir gehen von einer moderaten weiteren Fall-

zahlensteigerung aus und von Entgelterhöhungen. Gegenüber 2010 haben wir 160.000 € mehr veranschlagt. Im Sommer 2010 erhielten wir von der Landesarbeitsgemeinschaft die Genehmigung für unseren Pflegestützpunkt. Im Jahr 2011 werden wir also mit einer zentralen und unabhängigen Auskunft- und Beratungsstelle zu allen Themen rund um die Pflege präsent sein.

In der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen verzeichnen wir weiter Fallzahlenzuwächse und erwarten Entgelterhöhungen. Wir haben den Planansatz auf der Ausgabenseite gegenüber 2010 um 910.000 € auf 28,6 Mio. € erhöht. Das ist knapp kalkuliert und wir hoffen, dass wir mit dem Geld auskommen werden.



*Fallzahlen aus der Meldung an den KVJS – Stichtagszahlen jeweils zum 31.12.
Werte Landesdurchschnitt liegen ab 2009 noch nicht vor

Mit den Leistungserbringern haben wir im Frühjahr die Arbeit an einem deutlich flexibleren ambulant betreuten Wohnen aufgenommen. Dabei gilt es vieles zu bedenken. Wir sind zuversichtlich, dass wir hier zu einem Ergebnis kommen, das dem beiderseitigen Ziel Rechnung trägt, das selbstbestimmte Leben in der eigenen Häus-

lichkeit ganz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention auch bei höherem Unterstützungsbedarf voranzubringen.

Auch bei der Teilhabeplanung lassen wir uns von den Maximen der Konvention leiten und sind gemeinsam mit den Leistungserbringern unter der bewährten Moderation durch den Kommunalverband für Jugend und Soziales ein gutes Stück vorangekommen. Einige von Ihnen, meine Damen und Herren Kreisräte, begleiten diesen Prozess und dafür danke ich Ihnen sehr. Es geht jetzt noch darum, die Eckpunkte der Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu diskutieren und dann auch zeitnah zu verabreden, so dass wir dem Kreistag das Planwerk Anfang 2011 vorlegen können. Dann geht es unmittelbar an die Teilhabeplanung für seelisch behinderte Menschen, wieder zusammen mit dem KVJS.

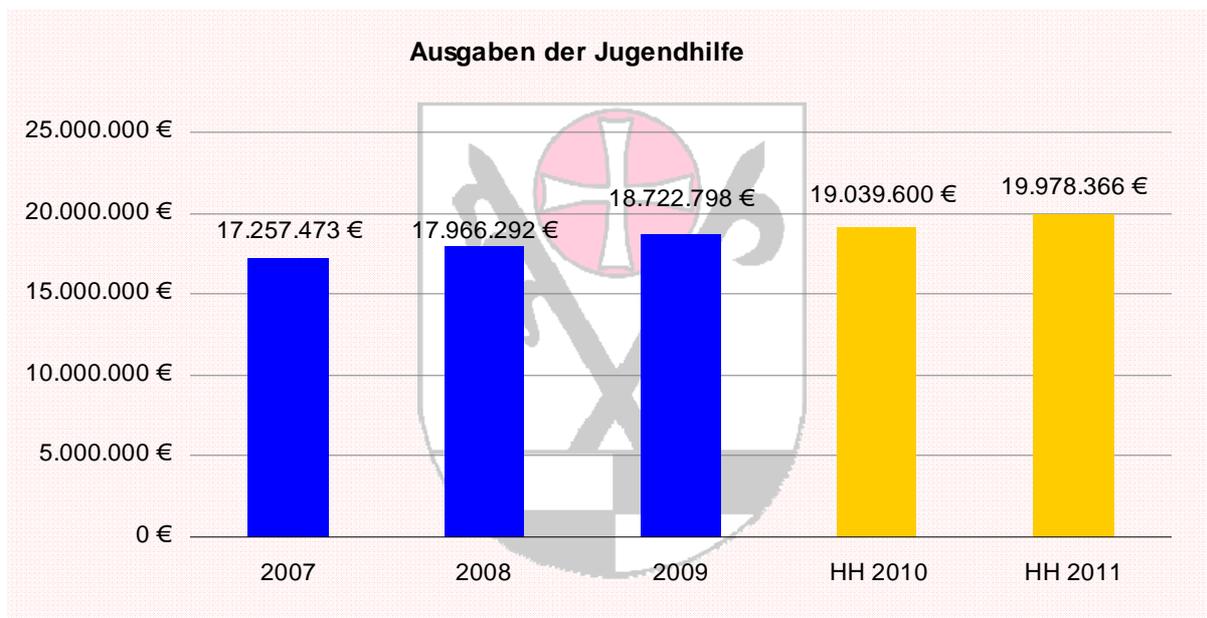
Bei der Hilfeplanung haben wir uns mit den Leistungserbringern auf eine Evaluation verständigt. Wir haben uns beim KVJS um die Aufnahme in ein Forschungsvorhaben zur Wirkungsanalyse des Fallmanagements in der Eingliederungshilfe beworben. Wir wollen damit den Prozess der kontinuierlichen Verbesserung fortführen, wie auch mit der inzwischen eingerichteten Arbeitsgruppe zwischen Einrichtungen und Landkreisverwaltung zur Optimierung gemeinsamer Arbeitsabläufe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein Thema treibt in diesen Tagen Kostenträger wie Leistungserbringer um. Das ist der Zivildienst. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht endet diese segensreiche Ära ersatzlos. Das ist für alle Seiten in höchstem Maß bedauerlich. Was aber bedeutet das für uns? Der Zi-

vildienst war eine echte Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Für die Einrichtungen waren die Zivis eine echte Entlastung. Für die Menschen, die ihre Zuwendung erfuhren, waren sie eine Bereicherung und oft das „Sahnehäubchen des Tages“. Die Kostenträger, zu denen auch der Landkreis zählt, werden die Veränderung am Geldbeutel spüren.

Die Jugendhilfe ist kein „Stiefkind“, auch wenn sie der Haushaltsystematik folgend immer erst nach der Sozialhilfe kommt. Insgesamt, meine Damen und Herren, orientieren sich die Haushaltsansätze in der Jugendhilfe an dem voraussichtlichen Ergebnis 2010. Damit sind Kostensteigerungen jedweder Art nicht berücksichtigt. Auch hier gilt, dass wir gesetzliche Leistungen erbringen müssen, auch wenn dies am Ende zu überplanmäßigen Ausgaben führen sollte. Die Ausgaben in der Jugendhilfe haben wir mit 19,9 Mio. € für 2011 veranschlagt.



Fachleute des Jugendamts und der Leistungserbringer haben die ambulanten Hilfen zur Erziehung in intensiver Zusammenarbeit

konzeptionell überarbeitet und verbessert. Herausgekommen sind sehr flexible Leistungen, zum Beispiel bei der sozialpädagogischen Familienhilfe, mit denen wir ohne Ausgabensteigerung mehr Kinder und Familien erreichen. Außerdem sind wir nun auch in Ilshofen und in Blaufelden mit einem Angebot präsent. Neu ist, dass die Hilfen hier direkt in den Schulen angeboten werden und damit eine enge Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe möglich ist. Erste Erfahrungen zeigen, dass der Landkreis hier auf dem richtigen Weg ist.

Wie im ganzen Land steigen auch bei uns die Fallzahlen und Kosten im Bereich der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte und von einer solchen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche weiterhin stark an. In Einzelfällen erleben wir Jugendliche, die in einem solch starken Maß beeinträchtigt sind, dass als einzige Maßnahme noch die Betreuung mit einem Personalschlüssel von 2 zu 1 bleibt.

Im Bereich der frühen Hilfen setzen wir als ambulante Hilfe Familienhelferinnen ein, zum Beispiel bei psychisch kranken Müttern oder auch bei Mehrlingsgeburten und fördern damit zielgerichtet die Erziehung in der Familie. Trotzdem ist es immer wieder notwendig, Mütter mit ihren Kindern in Mutter-und-Kind-Einrichtungen zu vermitteln. Ich wiederhole mich, wenn ich Ihnen heute sage, dass der Aufwand für diese kostenintensiven Hilfen konstant hoch ist. Rege Nachfrage und durchschlagenden Erfolg verzeichnen wir bei dem Projekt KiMi – Kinder im Mittelpunkt – für schwangere Frauen und für Mütter in psychosozialen Risikosituationen, bei dem sich der Landkreis im Jahr 2011 mit 53.000 € engagieren möchte.

Meine Damen und Herren,

die Verwaltung kommt in diesem finanziell besonders schwierigen Jahr nicht mit Personalanforderungen für den Sozialbereich. Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, dass die ständig steigenden Fallzahlen in der Sozial- und Jugendhilfe mit dem derzeitigen Personalbestand irgendwann nicht mehr zu schultern sind. Wir werden die Entwicklung wachsam beobachten und gegebenenfalls berichten und reagieren müssen.

Ich möchte noch einige wichtige Infrastrukturthemen ansprechen:

Wegen der Verlängerung der Stadtbahn von Öhringen bis nach Schwäbisch Hall findet im Dezember ein Gespräch mit Frau Ministerin Gönner statt. Neben dem geplanten Krankenhausbau in Crailsheim ist dies ein weiteres Jahrhundertprojekt auf der Zukunftsagenda für den Landkreis Schwäbisch Hall.

Die WestFrankenBahn reicht in Kürze einen GVFG-Antrag für den Bahnhof in Wallhausen ein. Ziel ist es, den Bahnhof zum Fahrplanwechsel 2011/2012 in Betrieb nehmen zu können. Die Planungen für das Bus-/Schienekonzept zur Stärkung der Tauberbahn sind noch nicht abgeschlossen. Mit allen Kommunen wurden Gespräche geführt. Es gibt aber noch eine Reihe an Einzelfragen zu klären.

Bei der Murrbahn kann davon ausgegangen werden, dass der Kreuzungspunkt Fornsbach kommendes Jahr endlich gebaut wird. Mit der Inbetriebnahme sind dann Fahrzeitverkürzungen von etwa 5 Minuten möglich. Beim Wagenmaterial geben wir uns nicht zufrieden mit einem klimatisierten Elektrotriebwagen, der ab Dezember am

Wochenende zwischen Backnang und Schwäbisch Hall-Hessental eingesetzt werden soll. Wir fordern an allen Tagen neues Wagenmaterial. Ein Vertrösten auf die Ausschreibung der Verkehrsleistungen im Jahr 2016 stellt uns nicht zufrieden. Es ist doch selbstverständlich, dass keine Wagen mehr fahren dürfen, die so heruntergekommen und armselig sind, dass sie noch nicht einmal mehr für das Bahnmuseum taugen. Diese Wagen sind den Pendlern, die unter der Woche jeden Tag auf der Murrbahn unterwegs sind, nicht länger zuzumuten. Die Politik muss jetzt endlich handeln. Sie soll jetzt handeln und beweisen, dass neben Stuttgart 21 auch noch der Nahverkehr in den ländlichen Regionen Priorität genießt und darf dieses Thema nicht länger vor sich herschieben.

Sorgen macht mir die Unterhaltung des Kreisstraßennetzes. Der Bund zieht sich nach den Vereinbarungen der Föderalismusreform bis zum Jahr 2019 aus der Finanzierung zurück. Das Land hat deshalb den Entwurf eines Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetzes vorgelegt. Darin sollen neue Fördertatbestände, zum Beispiel der Bau verkehrswichtiger Radwege, aufgenommen werden. Das begrüße ich sehr. Das Amt für Straßenbau und Nahverkehr arbeitet an einer Bestandsaufnahme der Radwege. Im nächsten Jahr werden wir im Ausschuss für Umwelt- und Technik über die Radwegeplanung sprechen. Ich gehe davon aus, dass der eine oder andere Lückenschluss die neuen Förderkriterien erfüllt und dann auch eine Förderung beantragt werden kann. So weit, so gut. Leider muss aber befürchtet werden, dass das Land keine zusätzlichen Mittel bereitstellen wird. Für den Straßenbau stehen dann noch weniger Mittel zur Verfügung. Die logische Folge: Der Investitionsstau bei den Kreisstraßen wird immer größer.

Der Zustand vieler Landesstraßen in unserem Kreis ist inzwischen Besorgnis erregend. Der Landkreis hat mit seinen Straßenmeistereien die Verkehrssicherungspflicht zu verantworten. Die Verkehrssicherheit kann inzwischen auf bestimmten Streckenabschnitten von Landesstraßen allein mit baulichen Unterhaltungsmaßnahmen nicht mehr gewährleistet werden. Der Landkreis Schwäbisch Hall mit dem zweitlängsten Landesstraßennetz in Baden-Württemberg befindet sich bei der Zustandsbewertung im Regierungsbezirk Stuttgart an zweitletzter Stelle und an viertletzter Stelle im Landesvergleich. Nach der Detailbetrachtung befinden sich rund ein Drittel in überfälligem bzw. vordringlichem Bedarf und bei rund 27 Prozent wird ein schlechter Zustand attestiert. Gehen wir von einem durchschnittlichen Erneuerungsturnus von 25 Jahren aus, so wären im Landkreis Schwäbisch Hall bei rund 440 Kilometern Landesstraßen jährlich rund 17 Kilometer zu erneuern. Tatsächlich wurden in den letzten drei Jahren insgesamt 13 Kilometer erneuert. Für die Menschen und die Wirtschaft, gerade bei uns im ländlich strukturierten Bereich, ist eine Verkehrsinfrastruktur, die der Verkehrssicherheit gerecht wird und die Betriebe in ihrem Bestand und ihrer Weiterentwicklung unterstützt, immens wichtig. Daher erwarten wir vom Land dringend den Verzicht auf die geforderte Effizienzrendite für die Unterhaltung der Landesstraßen. Hier darf nicht länger gespart, sondern müssen zusätzliche Mittel vom Land bereitgestellt werden,

Mir ist klar, dass auch das Land in einer prekären Finanzlage ist und kein Geld ausgeben kann, das nicht in der Kasse ist. Trotzdem müssen Lösungen gefunden werden, wenn das Straßennetz nicht immer mehr heruntergewirtschaftet werden soll. Die Politik muss

handeln. Beim Unterhalt zu sparen und dringendste Investitionen weiter aufzuschieben ist keine Lösung.

Noch ein kleiner Abstecher von den schlecht asphaltierten Straßen zur Datenautobahn. Eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandkabeln und Anschlüssen an das Datennetz ist ein zunehmend wichtig werdender Standortfaktor für den ländlichen Raum. Unsere WFG hat in Kooperation mit allen Kreisgemeinden einen Breitbandatlas in Arbeit, der noch in diesem Jahr fertig gestellt werden soll. In diesem werden der Versorgungsstand dokumentiert und mögliche Anknüpfungen an das Datennetz aufgezeigt.

Meine Damen und Herren,

nach dem Beschluss des Kreistags aus dem Jahr 2006 soll der gesamte Energieverbrauch im Kreis so bald wie möglich aus regenerativen Quellen erzeugt werden. Wir hatten im Jahr 2008 noch einen Anteil an regenerativer Energie am Strombedarf in Höhe von 23,4 %. Nach Berechnungen des Energiezentrums kann Ende 2010 der Anteil an regenerativen Energien auf über 33 % ansteigen. Fortschritte sind auch zu beobachten bei der Nutzung von Wärme, die bei der Verstromung von Biogas entsteht. Unser Energiezentrum berät und unterstützt zahlreiche Aktivitäten, die uns langfristig dem Ziel der Energieresion mit 100%iger Selbsterzeugung näher bringen.

In diesem Zusammenhang beobachten wir mit Interesse die Entwicklung der Vergärung von Bioabfällen. In diesen Markt kommt Bewegung. Die künftige Verwertung des Bioabfalls wird ein Thema, dem sich der Ausschuss für Umwelt und Technik im nächsten Jahr widmen wird. Die Abfallwirtschaft steht im übrigen gut da.

Ein Thema der Abfallwirtschaft ist die Endabdichtung der Deponie Hasenbühl. Die Entwurfsplanung wird im Frühjahr 2011 vorgestellt. Der Kreistag kann dann über die Ausführung und den zeitlichen Ablauf entscheiden. Zur Finanzierung der langfristigen Deponienach-sorge steht eine Rücklage in Höhe von 14,4 Mio. € zur Verfügung. Davon sind 10,6 Mio. € als inneres Darlehen angelegt. Der Landkreis hat sich dieses Geld von der Abfallwirtschaft geliehen und bezahlt dafür Zinsen. Davon profitieren im Moment beide Seiten, weil der Zinssatz in der Mitte zwischen den Konditionen für Geldanlagen und Kommunalkrediten liegt. Der Landkreis könnte aber jetzt das sehr niedrige Zinsniveau nutzen und das innere Darlehen gegen ein Kapitalmarktdarlehen mit langfristiger Zinsbindung umschulden. Um bei steigenden Zinsen flexibel handeln zu können, wurde im Haushaltsplan eine Kreditermächtigung eingeplant und mit einem Sperrvermerk versehen. Die Entscheidung über Zeitpunkt und Höhe der Umschuldung bleibt damit dem Kreistag vorbehalten.

Ein Wort noch zu den Krankenhäusern:

Wie Sie sehen, ist die Lage unserer Gesundheitsholding nicht so rosig, wie wir uns das bei der Holdinggründung gedacht hatten. Wir wollen eine leistungsfähige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung. Nur mit der Modernisierung der beiden Kliniken in Crailsheim und des Diak in Schwäbisch Hall können die Patienten in Zukunft weiter optimal behandelt werden. Das wird eine Herkulesaufgabe werden. Zur Zukunftssicherung gehört aber auch, die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Kliniken sicherzustellen. Daran arbeiten wir im Aufsichtsrat der Gesundheitsholding und auch im Krankenhausbeirat sehr hart. Ein herzliches Dankeschön an meine Mitstreiter im Aufsichtsrat und im Krankenhausbeirat. Wie heraus-

fordernd allerdings der Kampf um die Wirtschaftlichkeit eines Klinikverbundes ist und bleibt, zeigen auch die jüngsten Einsparpläne der Bundesregierung. Danach sollen die Krankenhäuser in den Jahren 2011 und 2012 jeweils 500 Mio. € einsparen. Sie können davon ausgehen, dass ich auch auf dieser Baustelle alles versuche, um Verschlechterungen so weit als möglich zu verhindern. Die strategische Weiterentwicklung der Gesundheitsholding wird uns auch in den kommenden Jahren beschäftigen.

Meine Damen und Herren Kreisräte,
wir haben Ihnen dieses Jahr zwei Haushaltsplanentwürfe auf den Tisch gelegt. Den Ihnen bekannten kameralen Haushaltsplan und einen doppischen Zahlenteil. Das war so nicht geplant. Wegen einem mehrmonatigen Personalausfall mitten in der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) kam der Zeitplan durcheinander. Um die Einbringung in der heutigen Sitzung des Kreistags nicht zu gefährden, mussten wir mit Netz und doppeltem Boden arbeiten. Herr Kauk stellte seinen 29. sten kameralen Haushalt mit Zahlenteil, Vorbericht und allen Anlagen auf. Alles wie gewohnt, nur dieses Mal unter enormen Zeitdruck und gleichzeitiger Belastung durch die weiterlaufenden Umstellungsarbeiten. Frau Stengel sprang für die erkrankte Mitarbeiterin ein und kümmerte sich federführend um den doppischen Haushaltsplanentwurf. Wir können Ihnen heute den Zahlenteil vorlegen. Allerdings noch nicht ganz vollendet. Es fehlen bei den Teilhaushalten zum Teil noch die Kurzbeschreibungen und die Ziele. Diese Angaben werden noch ergänzt und können später im Internet unter www.kreishaushalt-sha.de eingesehen und ausgedruckt werden.

Unter dieser Internetadresse wird übrigens auch der kamerale Haushalt veröffentlicht.

Für Sie, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, bietet unsere Doppelarbeit den Vorteil, dass Sie dieses Jahr noch einmal den gewohnten Haushaltsplanentwurf vor sich haben und mit dem neuen, noch ungewohnten Zahlenwerk vergleichen können. Das erleichtert den Umstellungsprozess für Kreistag und Verwaltung, weil viele Fragen und mancher Zweifel gar nicht auftauchen, wenn man in beiden Haushaltsversionen nachsehen kann. Denn eines ist klar: Die Umstellung des Zahlenwerks nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung spült keinen Cent mehr in die Kreiskasse. Deshalb, meine Damen und Herren Kreisräte, muss ich Sie enttäuschen. Auch in der Haushaltssatzung nach dem neuen Haushaltsrecht kommen 34,5 % Kreisumlagehebesatz heraus...

Meine Damen und Herren,

ich bedanke mich bei allen 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt, in unseren Schulen, in den Straßenmeistereien und Schlachthöfen, beim Forst und auf den Wertstoffhöfen. Sie alle sorgen dafür, dass das Landratsamt seine Aufgaben als Dienstleister für Bürger und Wirtschaft stets gut erfüllt. Ich bedanke mich auch bei den Beschäftigten unserer Krankenhäuser, die jetzt in der Gesundheitsholding unter einem Dach mit dem DIAK zusammenarbeiten. Ich bin froh und dankbar, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die besonderen Sparzwänge in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise erkennen. Und die Zusammenarbeit mit den Per-

sonalvertretungen ist vertrauensvoll und an gemeinsamen Lösungen orientiert. Dafür danke ich ebenfalls sehr herzlich.

Ich danke allen, die beim Ausarbeiten dieses umfangreichen Haushaltsplanes mitgearbeitet haben:

Dem Finanzdezernenten, Herrn Schmidt, und seiner rechten Hand in der Kreiskämmerei, Herrn Kauk, sowie Frau Laudien und Frau Stengel, die die Zahlen nach dem neuen Haushaltsrecht zusammengefügt haben. Mir ist bewusst, dass die Aufmerksamkeit bei einer langen Haushaltsrede nachlässt und es schwierig ist, die vielen Zahlen sofort zu erfassen und zu bewerten. Deshalb wird Ihnen Herr Schmidt im Anschluss noch einige Eckdaten des Haushalts und deren Entwicklung mit dem Ranking im Regierungsbezirk aufzeigen. Meinen Dank sage ich auch den Damen und Herren Dezernenten und Amtsleitern sowie allen anderen an der Erstellung des Haushaltsplans beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Besonders danke ich Ihnen, den Mitgliedern dieses Kreistags, der als Hauptorgan diesen schönen Landkreis lenkt und voran bringt. Ich danke Ihnen für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit in diesem Gremium. Und ich danke den kommunalpolitisch Verantwortlichen in unseren Städten und Gemeinden für das gute und partnerschaftliche Miteinander im Interesse und zum Wohle der bei uns lebenden, lernenden und arbeitenden Menschen. Stärken wir auch weiterhin gemeinsam die bürgerschaftlichen Kräfte. Fördern wir miteinander diejenigen, die sich in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Und bleiben wir Optimisten. Wahre Optimisten sind – gerade in Krisenzeiten – nicht davon überzeugt, dass alles gut gehen wird, aber sie sind davon überzeugt, dass nicht alles schief gehen wird. Manfred Rommel hat es einmal treffsicher so

ausgedrückt: „Der Pessimist ärgert sich über den Riss in der Hose, der Optimist freut sich über den Luftzug“. Ich wünsche uns allen viel Zuversicht und unserem Haushalt für 2011 viel Rückenwind! In diesem Sinne wünsche ich uns allen gute und konstruktive Haushaltsplanberatungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.